



Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Strassen ASTRA
3003 Bern

Zürich, 15.07.2021

Stellungnahme zur Änderung der Verkehrszulassungs- und der Strassenverkehrskontrollverordnung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 21. April 2021 laden Sie uns ein, zur Änderung der Verkehrszulassungs- und der Strassenverkehrskontrollverordnung Stellung zu nehmen. Die Antworten entnehmen Sie bitte dem Fragebogen in der Beilage.

Der Verein «Am Steuer Nie! Schweiz» setzt sich mit seiner Präventionsarbeit täglich dafür ein, substanz-, müdigkeits- und ablenkungsbedingte Verkehrsunfälle zu verhindern und eine sichere Verkehrsteilnahme für alle zu fördern.

Die Rechtsanpassungen in Umsetzung der **Motion 17.3520 Graf-Litscher «Nein zur doppelten Strafe für Berufsfahrer und Berufsfahrerinnen!»** sind nicht im Sinne der Verkehrssicherheit und wir lehnen sie darum aus folgenden Gründen ab:

- **Präventive Wirkung entfällt.** Die erwiesene präventive Wirkung eines drohenden Führerausweisentzugs fällt mit der Umsetzung der Motion bei Berufsfahrern und Berufsfahrerinnen weg. Somit torpediert sie die Verkehrssicherheit.
- **Berufsethos untergraben.** Den Berufschauffeuren und -chauffeusen kommt im Verkehr eine erhöhte Verantwortung zu. Sie sollten für die Einhaltung der Verkehrsregeln besonders sensibilisiert sein und sich im Strassenverkehr sicher verhalten. Die Motion läuft diesen Wertvorstellungen zuwider.
- **Verhältnismässigkeit bereits gewahrt.** Bereits in der heutigen Rechtspraxis ist es gängig, dass sich Berufsfahrer und -fahrerinnen günstige Zeitfenster für den Führerausweisentzug aushandeln können. Auch ist es den Behörden möglich – unter Berücksichtigung des Verschuldens –, den Führerausweis für Fahrzeuge, die zur Berufsausübung benötigt werden, weniger lang zu entziehen als andere



Fahrzeugkategorien. Die Umstände des Einzelfalls werden auch ohne eine Umsetzung der Motion berücksichtigt.

- **Rechtsgleichheit gefährdet.** Die vorgeschlagene Umsetzung der Motion führt zu einer Rechtsungleichheit. Diese Privilegierung der Berufschauffeure und -chauffeusen geht zulasten der Verkehrssicherheit.

Die **Motion 17.4317 Caroni «Fairere Verfahren im Strassenverkehr»** beschäftigt sich mit Verfahrens- und Administrationsfragen nach einer Abnahme des Führerausweises. Sie hat keinen Einfluss auf die Verhinderung von Unfällen. Wir lassen uns dazu nicht vernehmen, unterstützen die Vorlage aber grundsätzlich im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit.

Wir hoffen, dass unsere Anliegen im Sinne der Verkehrssicherheit im Vernehmlassungsprozess Gehör finden.

Besten Dank und freundliche Grüsse,

Lucius Dürr
Präsident Am Steuer Nie

Chantal Bourloud
Geschäftsführerin Am Steuer Nie